

MAX LILL

RECHTSPOPULISTISCHE FRÜCHTE DER VERMARKTLICHUNG

RESSENTIMENTS UND KONZEPTE DER AUSGRENZUNG VERFESTIGEN SICH

Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) und Phänomene wie Pegida werden als Hinweis darauf gedeutet, dass ressentimentgeladene und rechtsextreme Stimmungslagen in der gesellschaftlichen «Mitte» generell auf dem Vormarsch seien. Eine Analyse einschlägiger wissenschaftlicher Umfragen aus den zurückliegenden Jahren zeigt, dass dies keineswegs der Fall ist. Grund zur Entwarnung gibt es dennoch nicht: Denn latente oder offene Ressentiments, ausgrenzende Identitätskonzepte und ökonomistische Nützlichkeitsideologien sind nach wie vor weit verbreitet.¹

In der zweiten Jahreshälfte 2014 sind drei größere Untersuchungen zu Ressentiments und rechtsextremen Einstellungsmustern veröffentlicht worden. Diese schreiben sowohl Elemente der 2011 abgeschlossenen Langzeitstudie «Deutsche Zustände» (Bielefeld) als auch Fragestellungen der Leipziger «Mitte»-Studien im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung fort und führen diese teilweise zusammen – jeweils mit etwas unterschiedlichen Forschungsdesigns und eigenständigen repräsentativen Erhebungen.² Ähnlich wie die Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach kommen sie, trotz Abweichungen im Detail, übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass feindselige und rechtsextreme Haltungen in den letzten zwei bis drei Jahren, tendenziell sogar schon seit 2006/07 an Bedeutung verloren haben. Bestimmte Ressentiments bleiben aber stark verbreitet oder haben sogar zugenommen (die Befunde sind hier teilweise widersprüchlich). Das gilt vor allem für die Islamfeindlichkeit und die Abwertung von Asylbewerbern sowie von Sinti und Roma. Auch genereller formulierte Etabliertenvorrechte und ein Beharren darauf, «deutsche Kultur und Identität» verteidigen zu wollen, haben Hochkonjunktur. Die seit einigen Jahren wieder zunehmende Einwanderung lehnen laut Allensbach zwar «nur» noch 18 Prozent der Deutschen pauschal ab (2004 waren es noch 42 Prozent). Eine Mehrheit hält Zuwanderung aus ökonomischen und humanitären Gründen für notwendig. Tendenziell offensiver als in früheren Jahren wird aber Anpassungsbereitschaft von den MigrantInnen gefordert.

Der mittelfristige Trend zur Abnahme offen feindseliger Einstellungen ist zudem deutlich abhängig von der Wahrnehmung ökonomischer und politischer Krisenprozesse: So ließ sich ein vorübergehender Anstieg einer ganzen Reihe von Ressentiments auf dem Höhepunkt der Wirtschafts- und

Schuldenkrise zwischen 2009 und 2011 beobachten. Und in der langen Frist zeigte sich eine Zunahme von Varianten «gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit» und rechtsextremer Einstellungen zunächst in der Nachwenderezession Anfang bis Mitte der 1990er Jahre³ und dann erneut zwischen 2002 und 2005/06, also im Zenit der neoliberalen Politik unter Rot-Grün. Der sich daran anschließende Rückgang von Ressentiments verlief etwa parallel zur relativen Stabilisierung am Arbeitsmarkt und zur Entwicklung der Einkommenslagen. Auf politischer Ebene fiel die zaghafte Trendwende zusammen mit dem Gründungsboom der LINKEN zwischen 2005 und 2007 und der beginnenden Revitalisierung der Gewerkschaften. Die seit dem Kriseneinschnitt 2009 trotz des Niedergangs der FDP weiter ausgebauten Dominanz des rechten, bürgerlichen Lagers im politischen System, die jüngsten Erfolge der AfD oder die öffentliche Diskussion um den Anstieg der Einwanderungs- und Flüchtlingszahlen haben an diesem Gesamttrend (bisher) offenbar nur wenig geändert.

BÜRGERLICHE HEGEMONIE UND BRUCHSTELLEN IM HERRSCHENDEN PARTEIENBLOCK

Die gesellschaftlichen Erschütterungen, die von der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008/09 und der sich daran anschließenden europäischen Schuldenkrise ausgingen, lassen sich als Verdichtungspunkt einer bereits seit den späten 1960er Jahren aufgebauten und vom Neoliberalismus nie wirklich überwundenen Regulations- und Überakkumulationskrise des globalen Kapitalismus begreifen. Die Entwicklung von Ressentiments und rechtspopulistischen Bewegungen lässt sich insofern auch als Symptom einer langfristigen Strukturkrise beschreiben, die die Legitimation der bürgerlich-parlamentarischen Demokratien untergräbt.⁴

Mit Blick auf die *Ebene des politischen Systems* lässt sich zunächst festhalten: Die These einer generellen «Rechtsverschiebung» ist, auch bezogen auf die parlamentarische und zivilgesellschaftliche Sphäre, zu pauschal. Wir haben es in Europa eher mit einer Ausdifferenzierung innerhalb des rechten Lagers, neuen, politisch heterogenen Bewegungen und einem Trend zur Fragmentierung und wachsenden Instabilität der Parteienlandschaft zu tun.

Auch in Deutschland – mit einer derzeit vergleichsweise stabilen bürgerlichen Hegemonie – zeigen sich Bruchstellen im herrschenden Parteienblock: Der Aufstieg der AfD verdeutlicht, dass es der CDU/CSU, aber auch den anderen etablierten Parteien und insbesondere der implodierenden FDP zunehmend schlechter gelingt, wertkonservative, orthodox-marktradikale und national orientierte Wählergruppen zu binden.⁵ Neben den programmatisch und parteipolitisch begründeten «Neumischungsprozessen» innerhalb der politischen Rechten dürften die Wahlerfolge der AfD allerdings auch durch ein deutlich schwerer einzuschätzendes, weil diffuseres Protestpotenzial getragen sein. Darauf verweisen etwa die zur AfD führenden Wählerwanderungen aus dem Lager der NichtwählerInnen oder der Kleinstparteien sowie auch von den etablierten Parteien des linken Lagers, einschließlich der Partei DIE LINKE.

ECHOS DER KRISE UND DIE SOZIALE NAHWELT ALS SCHUTZRAUM

Der Konstellation einer aktuellen Konsolidierung der Dominanz des bürgerlichen Lagers – trotz erheblicher Brüche und Umschichtungen im politischen System – liegt eine *gesellschaftliche Stimmungslage* zugrunde, die im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 vom Rheingold-Institut pointiert als «bedrohtes Paradies» beschrieben worden ist.⁶ Es herrsche das Gegenteil von Wechselstimmung: eine diffuse «Sehnsucht nach einer permanenten Gegenwart», einer Politik, die Stabilität und Schutz vor den in ihrer Vielzahl und Tiefe kaum fassbaren Krisensymptomen in Europa und der Welt verspricht. Die eigene Situation wird von einer Mehrheit der Befragten als relativ gut beschrieben, persönlich sei man wieder deutlich optimistischer als in den Jahren der Arbeitsmarktkrise und der Agenda 2010 (Allensbach sprach schon 2009 von einem «entspannten Fatalismus»). Die Menschen zögen sich mehrheitlich in ihren Alltag und ihre sozialen Nahweltbeziehungen zurück. Familie, Freunde und individuelle Kompetenzen zur Reproduktion des lebensweltlichen Zusammenhangs gelten als wichtigste Sicherheitsanker in einer Welt, in der, so die vorherrschende Wahrnehmung, Gerechtigkeitswerte immer weiter erodieren.

Hinter diesem Stimmungsbild steht auf der Ebene der *sozioökonomischen Entwicklung* eine im europäischen Vergleich untypische und asynchrone Dynamik. Vor dem Hintergrund konjunktur- und arbeitsmarktpolitischer Interventionen schlug die Weltwirtschaftskrise nur schwach und vorübergehend auf den Arbeitsmarkt durch. Nach der Phase der kapitalistischen Entfesselung und beschleunigten Umverteilung zugunsten von Unternehmen und Vermögenden setzte in Deutschland bereits im Aufschwung 2006/07 hinsichtlich der Einkommensverteilung und der beruflichen Statuspositionen eine relative Stabilisierung der mittleren sozialen Lagen ein.⁷

Diese materielle Stabilisierung verband sich in weiten Teilen der Arbeitnehmermitte allerdings mit einer Fortschreibung und teilweise Verschärfung von langfristig aufgebauten *Krisen der betrieblichen Partizipation und der lebensweltli-*

chen Reproduktion. Dahinter stehen zum einen radikale Vermarktlichungsstrategien der Unternehmen (Shareholder Value, Outsourcing, Kostensenkung, Arbeitsintensivierung, Prekarisierung etc.), die zu erhöhtem – und durch indirekte Steuerung zunehmend in die einzelnen Subjekte hinein verlagertem – Druck und zu entgrenzten Verfügbarkeitsansprüchen führen.⁸ Zudem erodieren die neben der Erwerbsarbeit anderen beiden zentralen Säulen des deutschen Reproduktionsmodells weiter: die sozialstaatliche Absicherung von Lebensrisiken und – auch als Folge wachsender Frauenerwerbstätigkeit und neuer individueller Verwirklichungsansprüche – die patriarchalisch geprägte Rollenverteilung in der Kleinfamilie.⁹ Im Ergebnis werden zwar tradierte Statushierarchien teilweise aufgebrochen, lebens- und arbeitsweltliche Autonomie- und Partizipationsforderungen sind gewachsen. Zugleich erodieren aber soziale Bindungen und Anerkennungsbeziehungen, psychische Erschöpfungskrisen nehmen massiv zu. Dabei tragen nach wie vor Frauen die Hauptlast der Reproduktionsarbeit, und insbesondere Kinder sind zum Armutsrisiko und häufig auch zur Bremse für die gesellschaftliche Partizipation der Eltern geworden.

DER MARKT ALS FORM DER AUTORITÄREN VERGESELLSCHAFTUNG?

Die Leipziger wie auch die Bielefelder Langzeituntersuchungen haben seit Jahren die These stark gemacht, dass die neoliberale Politik der Vermarktlichung beziehungsweise der Ökonomisierung nahezu aller Lebensbereiche den sozialen Zusammenhalt und die Solidaritätsbereitschaft untergräbt und damit Ressentiments nicht nur begünstigt, sondern ihnen zunehmend auch ein spezifisches Gepräge verleiht. Empirisch lässt sich die These eines «marktförmigen Extremismus» dadurch plausibel machen, dass nachgewiesen wird, dass jene Befragten, die neoliberale Ideologeme in besonderem Maße verinnerlicht haben, auch überdurchschnittlich stark zu Ressentiments – und dabei insbesondere zu ökonomistisch begründeten Ressentiments gegen vermeintlich leistungsschwache Gruppen – sowie zu rechtsextremen Einstellungen neigen.

Entscheidend für die Anfälligkeit gegenüber aggressiv abwertenden Einstellungen sei, so die am Leipziger Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung entwickelte These, vor allem der Grad der *Identifikation mit dem Wirtschaftsstandort* Deutschland.¹⁰ Dieser «sekundäre Autoritarismus», der sich nicht mehr auf eine Person, sondern auf den Markt als höchste Instanz bezieht, wird in Analogie zum familiären Patriarchat und zum faschistischen Führerkult gedeutet. Die Identifikation mit einem «idealen Größen-Selbst» wirke als «narzisstische Plombe», stabilisiere also den Selbstwert angesichts einer Unterwerfung unter gesellschaftliche Disziplin- und Herrschaftsverhältnisse und in der Folge blockierter persönlicher Entfaltungsmöglichkeiten. Die Überhöhung des deutschen «Wirtschaftswunders» in der Nachkriegszeit, die den Verlust des faschistischen Größen-Selbst kompensiere, sei hierfür der historische Idealfall – nicht der Sonderfall, denn ähnliche Muster ließen sich auch in anderen Ländern beobachten.

Heute gewinne dieser Mechanismus zusätzlich an Bedeutung: Der Markt trete unter Bedingungen der neoliberalen Deregulierung in neuem Ausmaß als vermittelnde Gewalt in den Lebenswelten der Menschen auf, unpersönlich und ortlos. Unterwerfung produziere auch in diesem Fall Aggression und setze die autoritäre Dynamik in Gang. Angesichts

der Übermacht und Ungreifbarkeit des Marktes sei sie gegen vermeintlich schuldige «Anderere» gerichtet, die zwei zentrale Voraussetzungen erfüllen müssten: Sie müssen als schwach wahrgenommen werden, und sie müssen die Fantasie auslösen, sich der gewaltvollen Autorität zu entziehen.

Die Aggression gegen «Anderere» spitze sich immer dann zu, wenn das Größen-Selbst (hier die «deutsche Wirtschaft») trotz der eigenen Unterwerfung schwächelt, also die Bedürfnisse nach Selbstüberhöhung nicht befriedigt. Die verletzte «Gerechtigkeitsvorstellung» würde demnach lauten: Für meine Unterwerfung unter den Zwang zur ökonomischen Verwertbarkeit soll dann wenigstens die deutsche Wirtschaft als Objekt meiner Identifikation florieren und sollen alle, die sich nicht unterwerfen und so den Standort schädigen, bestraft werden.

Problematisch erscheint an der Leipziger «Mitte»-Studie allerdings die relativ *abstrakte Parallelisierung von historischem Faschismus und heutigem Rechtspopulismus*. Sie bestätigt eine Sicht, die auch in weiten Teilen des linken Alltagsverständes zu finden ist und Charakteristika des neuen Rechtspopulismus eher verdeckt: Das Bild einer tendenziell homogenen Masse – das aus analytischer Sicht schon mit Blick auf Faschismus und Hochfordismus nicht unproblematisch war – wird unter Verweis auf Freud und die Kritische Theorie eingeführt. Die ideologische Flexibilität und die Integration von plebiszitären und partizipativ-selbstorganisierten Elementen in der Mobilisierung der neuen rechtspopulistischen Bewegungen werden so meines Erachtens gerade nicht angemessen erfasst.

Auch die Analogie von Markt- und Führerkult ist wenig überzeugend: Anders als bei einer direkten Unterwerfung unter eine personale Autorität oder einen «massenförmigen» Verhaltenskodex zeichnet sich die Unterwerfung unter die Herrschaft von Märkten gerade dadurch aus, dass sie die Einzelnen zwingt, sich ständig wieder auf ungewisse Situationen und Risiken einzulassen, sich immer neu zu orientieren, eigenständig Entscheidungen zu treffen oder wenigstens individuelle Souveränität und Autonomie zu inszenieren – gegenüber anderen, aber auch gegenüber sich selbst (Sennetts «flexibler Mensch»). Insofern bietet der Markt gerade keine «Prothesen-Sicherheit» (Erich Fromm) als stabilisierende und selbstwertregulierende Funktion. Seine Gratifikation besteht eher im Versprechen auf Optionsvielfalt, auf Selbstentfaltung oder wenigstens materiellen Gewinn und sozialen Aufstieg. Es ist gerade die massenhafte Enttäuschung dieser Versprechen und die Angst vor der Ungewissheit und Amoralität des Marktes, die dem Beharren auf ausgrenzenden Identitäts- und Traditionskonzepten zugrunde liegen dürfte.

Dabei ist der Markt auch heute kein universelles Steuerungsprinzip. Ihm werden faktisch Grenzen gesetzt, auch wenn er diese permanent infrage stellt. Diese Aufgabe der Grenzsetzung wird allerdings zunehmend in die einzelnen Subjekte und ihr soziales Nahumfeld hinein verlagert. Die institutionelle Trennung von (betrieblicher) Produktion und (häuslicher) Reproduktion besteht dabei trotz der wachsenden Entgrenzung von Erwerbsarbeit fort. Sie ist für den Kapitalismus sogar überlebensnotwendig. Die gegensätzlichen Handlungsrationalitäten von (traditionell männlich konnotierter) individueller Konkurrenz und (weiblich konstruierter) Sorge für andere müssen aber zunehmend individuell und tagtäglich austariert werden, was mehr und mehr Menschen innerlich zu zerreißen droht. Unter diesen Umständen gehört es auch weiterhin zu den strukturellen Merkmalen

bürgerlichen Bewusstseins, dass «Klassenindividuum» und «persönliches Individuum» subjektiv in hohem Maße auseinanderfallen, sprich: Die Wahrnehmung der allgemeinen gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung beziehungsweise der eigenen Stellung darin einerseits und die des sozialen Nahumfeldes und der eigenen Persönlichkeit andererseits sind stark gegeneinander verselbstständigt.¹¹ Hinter den Fantasien vom «Fremden» stehen somit, philosophisch gesprochen, Erfahrungen der «Entfremdung» von einer gesellschaftlichen Praxis, die als mehr oder weniger desintegriert und fragmentiert wahrgenommen wird.

Die patriarchalisch geprägte Kleinfamilie, traditionelle Gemeinschaftsideologien und Identitätswürfe – besonders auch im Verhältnis zwischen den Geschlechtern – können vor diesem Hintergrund als eine bedrohte und unbedingt zu verteidigende Rückzugsbastion gegen das Vordringen der individualisierenden Logik moderner, wesentlich marktvermittelter Vergesellschaftungsprozesse erscheinen. Das könnte eine allgemeine Erklärung für die zentrale Bedeutung konservativer Kulturkämpfe innerhalb der populistischen Rechten sein.

POLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Auf der Grundlage der ausgewerteten Befunde und Analysen lässt sich zunächst resümieren: Die geläufige Rede von einem bereits in der Breite vollzogenen «Dammbbruch» ressentimentgeladener und rechtsextremer Einstellungen führt in die Irre. Es scheint eher so zu sein, dass sich ein bereits seit Langem aus alltäglichen Krisenerfahrungen heraus aufgebautes rechtspopulistisches Potenzial angesichts von Umbrüchen und sich erweiternden Repräsentationslücken innerhalb des Parteiensystems verstärkt im politischen und zivilgesellschaftlichen Raum artikuliert. Dieses Spektrum spiegelt aber nicht per se Stimmungslagen der verunsicherten Mitte, sondern artikuliert bestimmte Tendenzen des gesellschaftlichen Alltagsbewusstseins, die eher latent und in sich widersprüchlich statt weltanschaulich klar verfestigt sind – und die in bestimmten, traditional und autoritär beeinflussten Milieus deutlich ausgeprägter sind als in der Gesellschaft insgesamt.¹² Die Verbreitung von Ressentiments verläuft dabei quer zu den hierarchischen Differenzierungen nach Schicht- oder Klassenzugehörigkeit, und sie entzieht sich auch einer eindeutigen Zuordnung nach Geschlechterkategorien.

Unter den vielfältigen Ursachen erscheinen Verunsicherungen gewachsener Identitäten, Anerkennungsverluste und Ohnmachtsgefühle besonders bedeutsam. Diese sind häufig eine Folge von Vermarktlichungsprozessen, die zu schwindender sozialer Bindung und einem Verlust an individuellen Autonomie- und Partizipationschancen in Arbeits- und Lebenswelt – und damit Krisen der Reproduktion – führen. Auch diese Erfahrungen lassen sich aber durchaus unterschiedlich verarbeiten und führen nicht automatisch zu einem Anwachsen von Ressentiments.

Aktuell zeichnen sich auch deutliche Gegenbewegungen und eine zunehmende Solidaritätsbereitschaft gegenüber besonders verwundbaren Gruppen, wie etwa Flüchtlingen, in weiten Teilen der Gesellschaft und in der medialen Öffentlichkeit ab. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Situation deutlich von derjenigen Anfang der 1990er Jahre (und erst Recht von derjenigen zu Beginn der 1930er Jahre). Die Linke tut insofern gut daran, im Angesicht von Pegida oder AfD kein allzu braunes Schreckensszenario an die Wand zu malen, sondern die aufgebrochenen «Kulturkämpfe» als noch offene Auseinandersetzung um die Geltung humaner und

freiheitlicher Werte in einem lange nicht abgeklungenen, globalen Krisenzyklus zu begreifen.

Der Blick sollte sich daher auch auf die emanzipatorischen Bewegungen und Potenziale richten. Relativ eindeutig scheint zu sein, dass die jüngeren linken Gegenkulturen, aber auch das technikaffine, libertäre Klientel, das von der Piratenpartei angesprochen wurde und an das DIE LINKE noch stärker Anschluss finden müsste, schwerpunktmäßig in den «eigenverantwortlichen» und «avantgardistischen» Milieus verankert sind. Generell dürften die progressiv engagierten Bürgerbewegungen ihre Hauptbasis nach wie vor in den modernisierten und noch immer tendenziell wachsenden Milieus auf der linken Seite des sozialen Raumes haben.¹³ Auch für die überproportional schnell anwachsenden modernisierten Arbeitnehmermilieus, die mehrheitlich in noch relativ gesicherten, aber innerbetrieblich durch Vermarktlichungs- und Entgrenzungsprozesse stark unter Druck geratenen Normalarbeitsverhältnissen verankert sind, ist immer wieder nachgewiesen worden, dass erweiterte Beteiligungs- und Autonomieansprüche das Alltagsbewusstsein in hohem Maße prägen und zu einer Distanz oder offenen Kritik gegenüber den klassischen Formen (linker) Stellvertreterpolitik führen.¹⁴ Mehr direkte Partizipation und damit die Entwicklung einer beteiligungsorientierten politischen Kultur ist mit Blick auf diese Gruppen insofern das zentrale Credo. Das «Milieu der Prekarisierten» (Kipping)¹⁵ schließlich, das meist an dritter Stelle als Potenzial linker Politik genannt wird, ist ein Phantom. Es handelt sich gerade nicht um ein einheitliches Milieu. Ein linkes Prekariat kann nur in praktischen Kämpfen und als Teil eines milieu- und klassenübergreifenden Projektes Gestalt gewinnen. Obwohl sich, besonders in internationaler Perspektive, auch beeindruckende Beispiele für Selbstorganisationen aus hoch prekären Lagen heraus finden lassen, scheint doch der schiere Druck der alltäglichen Existenzkämpfe und die langjährige Erfahrung politischer Machtlosigkeit dazu beizutragen, dass hier Schutz und Interessensvertretung noch immer eher nach dem Modell der Repräsentation durch starke politische Organisationen und StellvertreterInnen im politischen und sozialen Raum erwartet und benötigt werden. Die Hürden für eine Teilnahme an den bereits existierenden partizipativ-zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die sich etwa am hohen individuellen Zeitaufwand oder an dem Einsatz von sehr viel kulturellem und sozialem Kapital festmachen, wirken hier bisher faktisch ausgrenzend und müssten vermutlich stärker durch praktische Solidaritätsarbeit ergänzt werden.¹⁶

Eine progressive linke (Partei-)Strategie gegen den Rechtspopulismus und für die Entwicklung sozialistischer Transformationsperspektiven sollte in jedem Fall libertäre und partizipatorische Elemente stärker als bisher betonen, um den reaktionären Krisenantworten der Rechten eine zukunftsorientierte, auch innovationsfreudige Perspektive gegenüberzustellen. Neben der Thematisierung der Klassenspaltung, also der sozialen Frage von Prekarisierung und Ungerechtigkeitsverteilung, muss sie auch in den sich tendenziell zu spitzenden Konflikten zwischen emanzipatorischen und autoritär-exkludierenden Ordnungsvorstellungen und Alltagskulturen, die sich einem Oben-unten-Deutungsschema entziehen, klar positioniert sein – und zwar nicht nur und in erster Linie auf der Ebene der ausformulierten Programmatik, sondern vor allem in der gelebten politischen Kultur.

Angesichts der doppelten Krise von betrieblicher Partizipation und lebensweltlicher Reproduktion kommt dabei neben Bereichen wie Wohnpolitik und kommunaler Daseins-

vorsorge einer linken Arbeits(zeit)politik zentrale Bedeutung zu.¹⁷ Die weitere Entgrenzung vermarktlichter Erwerbsarbeit muss – gerade im Exportland Deutschland – endlich gestoppt und zugunsten einer Verkürzung und Demokratisierung von Erwerbsarbeit gewendet werden. Entsprechende gewerkschaftliche Initiativen müssten parlamentarisch auch vonseiten der LINKEN stärker flankiert werden – nicht nur zugunsten einer besseren Verankerung in den organisierten Stammbesetzungen, sondern auch weil hier zentrale alltagsweltliche Ursachen für Verunsicherungen und Ressentiments liegen.

Dagegen sind Versuche, dem Rechtspopulismus gewissermaßen seine Themen abzujauchen – etwa indem generelle Kritik an «Europa» und «der Globalisierung» (auch an Geld und Kredit als solchen) geübt oder pauschal für mehr Polizei auf den Straßen und strikte Einwanderungskontrollen plädiert wird –, brandgefährlich. Der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung zum Trotz dürften solche Strategien langfristig auch wenig Erfolg versprechend sein. Setzen sich entsprechende Deutungsmuster erst einmal durch, wählen die Menschen im Zweifel vermutlich das Original. Die Linke muss eigene, emanzipatorische Antworten auf die Verunsicherungen und die Krise des Öffentlichen finden. Solange ihr dies nicht gelingt, bleibt das oft beklagte Scheitern der etablierten Politik bei der Lösung gesellschaftlicher Problemlagen auch ihr eigenes Scheitern.

Max Lill ist Politologin und Geografin. Er forscht in der Arbeits- und Geschlechtersozio- und schreibt über soziale Bewegungen, Jugendkultur und Geschichtspolitik.

1 Dieser «Standpunkt» fasst die Befunde einer längeren Studie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen. Vgl. Lill, Max: Trügerische Ruhe im bedrohten Paradies? Zur Entwicklung von Ressentiments und rechtsextremen Stimmungslagen im Alltagsbewusstsein der Deutschen. Empirische Befunde und Erklärungsansätze, Berlin 2015, unter: www.rosalux.de/publication/41038/truegerische-ruhe-im-bedrohten-paradies.html. Vgl. auch die Webseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Gesprächskreis Klassen und Sozialstrukturanalyse). In der AG Umfragen und Alltagsbewusstsein, aus der heraus die Studie entstanden ist, arbeiten seit Mitte 2014 neben dem Autor Horst Kahrs, Horst Arenz und Hasko Hüning. **2** Zick, Andreas/Preuß, Madlen: ZuGleich. Zugehörigkeit und (Un-)Gleichwertigkeit. Zwischenbericht, Bielefeld 2014; Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die stabilisierte Mitte, Leipzig 2014; Zick, Andreas/Klein, Anna (Hrsg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände, Bonn 2014. **3** Sommer, Bernd: Prekarisierung und Ressentiments, Wiesbaden 2010. **4** Bischoff, Joachim u. a.: Die Große Krise, Hamburg 2010, S. 102 ff. **5** Kahrs, Horst: Zerfall des Mythos von der «Mitte» – Ausbreitung des «sozialen Nationalismus», Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2015, unter: www.rosalux.de/publication/41034/zerfall-des-mythos-von-der-mitte-ausbreitung-eines-sozialen-nationalismus.html. **6** Rheingold: Wahl 2013: Das bedrohte Paradies, unter: www.rheingold-marktforschung.de. **7** Weber-Menges, Sonja: Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin 2014. **8** Detje, Richard u. a.: Krisenerfahrungen und Politik. Der Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat, Hamburg 2013. **9** Jürgens, Kerstin: Arbeit und Reproduktion, in: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hrsg.): Kapitalismustheorie und Arbeit, Frankfurt a. M. 2012, S. 273–288. **10** Decker u. a.: Die stabilisierte Mitte. **11** Bischoff u. a.: Die Große Krise, S. 114 ff. **12** Vester, Michael u. a.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a. M. 2001. **13** Matuschek, Ernst u. a.: Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus, Wiesbaden 2011. **14** Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel/Vester-Lange, Andrea: Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg 2007. **15** Kipping, Katja (2014): Statt eines Vorwortes – in: Hoff, Benjamin-Immanuel: die linke partei neuen typs? milieus – strömungen – parteireform, Hamburg 2014, S. 7–9. **16** Candeias, Mario/Völpel, Eva: Plätze sichern! Reorganisation der Linken in der Krise, Hamburg 2014. **17** Detje, Richard u. a. (Hrsg.): Kämpfe um Zeit, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 10, Berlin 2014.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Januar 2015
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling